

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

252 (27.10.1928)

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Staatspräsident Dr. Remmele über die Berliner Beratungen

Staatspräsident Dr. Remmele äußerte sich dem Karlsruher „Volksfreund“ gegenüber über seine Eindrücke bei der Berliner Länderkonferenz. Er sagte auf verschiedene Fragen u. a.:

Nichtig ist: die Beratungen ergaben keine geschlossene Einigkeit über die Frage, wie nun die Reform praktisch in Angriff genommen und durchgeführt werden soll. Wer jedoch die verfassungsmäßigen Schwierigkeiten kennt und die einander gegenüberstehenden Auffassungen zu dem ganzen Fragenkomplex, wie sich hierüber nicht wundern. Sieht man die Dinge realpolitisch an, dann ergibt sich gegenüber dem Verhandlungsergebnis der Konferenz vor einem Jahre ein ganz wesentlicher Fortschritt und eine sehr starke Klärung der Auffassungen. Es besteht jetzt bereits zwischen Reichsregierung und den Länderregierungen Übereinstimmung darüber, daß die unorganische Entwicklung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern — man bezeichne sie als Auslöschung der Länder — in der bisherigen Weise nicht mehr weiter gehen darf. Eine übereinstimmende Meinung ist auch darin zustande gekommen, daß in zwei Unterausschüssen jetzt, nachdem die Länderkonferenz vom 4. Mai d. J. die Materialsammlung in Angriff genommen hat, ernstlich der Versuch unternommen werden muß, für eine Neuregelung dieses Verhältnisses praktische Vorschläge zu finden.

Während der dreitägigen Verhandlungen zeigte sich immer stärker die Notwendigkeit, das Problem Preußen und Reich nicht isoliert, sondern mit dem Gesamtproblem Reich und Länder zu behandeln. Dabei haben die Vertreter des Reiches durch ihren Wortführer, Reichsminister Dr. Koch, ausgesprochen lassen, daß an eine Beseitigung der Länder und an Stelle derselben die Einführung des französischen Präfekturensystems nicht gedacht werden kann. Die Länder sollen erhalten bleiben. Sie sollen, wo es erforderlich ist, eine bessere Arrondierung erfahren. Preußen soll in Länder (Provinzen) zerlegt werden, wenn es gelingt, die preussische Staatsmacht, die sich in erster Linie in der Eigenverwaltung der Polizei und der Justiz ausdrückt, auf die Reichsregierung zu übertragen. Der Reichsminister hat mit sehr starkem Nachdruck davon gesprochen, daß selbständige preussische Länder (Provinzen) die Einheit Preußens und Deutschlands absolut gefährden müßten, wenn es nicht gelingt, etwaige, gegen den Bestand des Staates und der Staatsform auftretenden Gefahren wie bisher mit Nachdruck zu begegnen. Erweitert werden soll mit dieser Art von Regelung die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen, insbesondere die Beseitigung des Dualismus zwischen den in Berlin befindlichen zwei großen Regierungen. Mit einer solchen Lösung des preussischen Problems wächst naturgemäß für die übrigen deutschen Länder die Gefahr heran, daß ihre Selbständigkeit auf verschiedenen Gebieten, also auch auf denen der Polizei und der Justiz, bedroht erscheint.

Ausgehend von dieser Betrachtung hat der bayerische Ministerpräsident Schaff und nachdrücklich ausgesprochen, daß an dem staatlichen Charakter der Länder eine Änderung nicht vorgenommen werden dürfe. Eine solche Änderung brauchte aber naturgemäß der Lösung des preussischen Problems nicht auf dem Fuße zu folgen. Es darf jedoch darüber kein Zweifel bestehen, daß die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern als zweiter Hauptkomplex des Problems einer Neuregelung bedarf.

Den bestehenden und den neu zu schaffenden Ländern (Provinzen) steht eigene gesetzgeberische Gewalt zu, und zwar in den Fragen, die auf Grund von Reichs- und Landesverfassungen geltend gemacht sind. Die Reichsverfassung hat jedoch für die Wegnahme von gesetzgeberischen Zuständigkeiten von den Ländern und deren Übertragung auf das Reich, weiten Spielraum gelassen. Dieser Umstand führte zur allgemeinen Unzufriedenheit. Deswegen soll, wie in der Entschließung der Länderkonferenz ausgedrückt ist, neben der eigenen gesetzgeberischen Zuständigkeit die Möglichkeit geschaffen werden, reichsrechtliche Aufgaben, die ohne Schädigung der Reichsinteressen von den Regierungen und Verwaltungen der Länder in Vollzug gesetzt werden können, den Ländern in eigener Verantwortlichkeit zu übertragen. In diesem Falle wären die Regierungen den Landesparlamenten gegenüber verantwortlich.

Um zu einer Beseitigung der Doppelverwaltung zu gelangen (Landes- und Reichsbauämter, Landes- und Reichsforstämter, Landes- und Reichswasserbehörden usw.) soll die Einrichtung der Auftragserteilung (Auftragsverwaltung) geschaffen werden. Für diesen Fall würden die Reichsorgane den Versuch unternehmen, ihre Verwaltungsgeschäfte durch Landesbehörden erledigen zu lassen. Die Regierungen der Länder würden damit den Reichsorganen gegenüber unmittelbar verantwortlich werden; eine Zuständigkeit der Landesparlamente, über den Vollzug und die Ausführung von Reichsgeschäften eine Kontrolle auszuüben, kann es natürlich nicht geben. Eine Voraussetzung ist aber notwendigerweise zu schaffen, nämlich die Schaffung von in allen Ländern übereinstimmende Verwaltungsbehörden. So ist z. B. in Preußen seit über zehn Jahren die Verwaltungsreform fällig. Baden hat in der unteren Staatsverwaltung keine Organe mit Körperschaftsrechten, für Bayern liegt es ähnlich. Das Reich muß aber, will es den Vollzug seiner Anweisungen richtig durchgeführt wissen, die Garantie dafür haben, daß für die Ausführung seiner Aufträge in den Ländern auch die erforderlichen Organe vorhanden sind. So müßten z. B. in Baden, als es sich darum handelte, die vom Reich geschaffenen Fürsorgegesetze durchzuführen und das Wohnbauwesen zu ordnen, die Fürsorge- und Wohnungsverbände besonders aufgezo-gen werden, die aber heute noch keine vollständig geordnete gesetzliche Grundlage haben.

Auf die Frage, ob über das Ziel und den Weg zwischen den an der Konferenz beteiligten Ländervertretern Übereinstimmung erzielt wurde, erklärte der Staatspräsident:

„In der Tat ist hierüber eine einmütige Auffassung nicht zum Ausdruck gebracht worden. Die Vertreter von Bayern sowohl, wie von Württemberg, haben die sehr starke Beforgnis, daß bei einer solchen Regelung der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern, wie ich sie vorhin skizziert habe, den Ländern in verhältnismäßig kurzer Zeit nur noch Auftragsgeschäfte verbleiben und von den kraft eigenen Rechtes bisher innegehabten Zuständigkeiten manche verloren gehen werden. Anders aber läßt sich der Dualis-

mus zwischen Reich und Preußen wohl kaum beseitigen. Der Vollständigkeit halber möchte ich hinzufügen, daß auch noch einige andere Vertreter deutscher Länder, so z. B. der sächsische Vertreter, nur zaghaft auf den Boden des hier vorgetragenen Verständnissesbetreteten. Es lag auch in der Tat neben dem bayerischen ein sächsischer Antrag vor, der sich gegen die Ziffer 7 der Reichsregierung wandte.

Die Vertreter von Preußen sowohl wie von Bayern und Sachsen hatten Erklärungen vorgelegt, die sich gegen einzelne Sätze der Reichsregierung wandten. Nach der einen Erklärung sollte das Aufgabengebiet der einzusetzenden Kommission eingeschränkt, nach anderen erweitert werden. Von Preußen war geltend gemacht worden, es müsse dem vorgebeugt werden, daß die Reichsreform letzten Endes nur zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen führe, während Bayern und zum Teil auch Sachsen verhindern wissen wollten, daß das Arbeitsgebiet für die Kommissionen auf die Beratung einer neuen Einteilung der Länder ganz allgemein und über die Zuständigkeitsverteilung hinaus ausgedehnt werde. Keiner dieser Anträge konnte nach dem Gang der Verhandlungen eine Mehrheit auf sich vereinigen.

Ich machte deswegen den Versuch, unter Übernahme tragbarer Passagen des bayerischen Antrags und unter Hinzufügung der Gedanken des preussischen Vertreters, eine Entschließung als Kundgebung der Konferenz zuwege zu bringen, auf die sich die ganze Konferenz hätte einigen können. Die eingesezte Redaktionskommission nahm diese meine Entschließung als Grundlage ihrer Arbeit. Bei dem Satz der Entschließung, der von der Übertragung von Aufgaben, die ihrer Natur nach vom Reich zu erfüllen sind, oder vom Reich den Ländern weggenommen werden können, handelt, und der davon spricht, daß diese Aufgaben, soweit sie Lebensfragen des Reiches nicht betreffen, der Eigenverwaltung der Länder überlassen werden sollen, war keine Einigung zu finden. Der Vertreter Bayerns findet in einer solchen Regelung den Anfang einer Entwicklung, die den Ländern die bisher bestehenden Hoheitsrechte kosten könnte. Im Plenum der Konferenz trat Württemberg und der Reichspostminister Schädel dem bei. Im übrigen aber stimmte die gesamte Konferenz dieser Entschließung geschlossen zu und sie überwies alle übrigen gestellten Anträge an die Unterkommissionen in der Frage der Reichsreform, antwortete der Staatspräsident: „Diese Einheitsfront besteht nicht. Es besteht im besten Falle eine Einheitsfront der Zentrumspartei in den süddeutschen Ländern. Die nach Augsburg einberufene Journalistenkonferenz des Zentrums für ganz Süddeutschland, an welcher auch die Reichstags- und Landtagsabgeordneten teilnehmen werden, scheint die Aufgabe zu haben, die Einheitsfront des Zentrums zu formieren und für die Arbeit der Zentrumspresse einheitliche Richtlinien zustande zu bringen. Das Land Hessen zählt sicher nicht zur Einheitsfront der süddeutschen Staaten. In Baden stehen, mit Ausnahme des Zentrums, fast alle politischen Parteien auf dem Boden der Reform, wenn auch zugegeben werden muß, daß innerhalb dieser Parteien, auch innerhalb der Sozialdemokratie, über das Endziel der Reform völlige Übereinstimmung noch nicht besteht. Die Übereinstimmung kann aber auch gar nicht vorhanden sein und vorläufig solange nicht geschaffen werden, ehe nicht für die Reform festumgrenzte Vorschläge der Debatte stehen. Was oftmals Politiker, die sich mit dem Kernproblem noch wenig beschäftigt haben, unter der Reichsreform verstanden wissen wollen (Schaffung eines Präfekturensystems) ist nicht Gemeingut aller derjenigen, die eine Reichsreform für notwendig halten. Wenn aber nichts geschieht und infolgedessen die Auslöschung der Länder ihren bisherigen Fortgang nimmt, dann kommen wir in Deutschland zu einem bürokratischen Zentralismus, der von den Unitarier genau so abgelehnt wird wie von den Föderalisten. Aus diesen Gründen halte ich auch den von Bayern ausgehenden alsu starken Widerstand gegen die Reform für ein nationales Unglück und erit recht für eine Gefährdung der Selbständigkeit der Länder in allen den Lebensfragen derselben, die nach Verfassung und Lebensnotwendigkeit ihnen gebühren. Berücksichtigt man die außerordentlich großen Schwierigkeiten, mit denen bei einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu rechnen ist, dann gab es gar keine andere Möglichkeit, als die Beratung von Vorschlägen in Kommissionen zu verweilen. Schon die verschiedenartige Gesetzgebung der Länder zwingt dazu; an dem historisch Gewordenen kann ebenjowenig vorbeigegangen werden, wie insbesondere auch an der Mentalität der verschiedenen Bevölkerungsschichten, die sich sehr bald stark äußern wird, sobald an die Frage der Auflösung alter Landesverände und an die Schaffung neuer gegangen werden muß. Ich gewann den sehr starken Eindruck auf der Konferenz, daß die Anhänger des Föderalismus und die Unitarier sich un-zweifelhaft einander annähern. Nach meiner Auffassung wird sich dieser Annäherungsprozess in den Unterkommissionen fortsetzen und er kann gefördert werden, wenn in der Presse und in der Öffentlichkeit eine ruhige, sachliche und leidenschaftslose Behandlung dieser außerordentlich wichtigen und komplizierten Frage stattfindet.“

Ich machte deswegen den Versuch, unter Übernahme tragbarer Passagen des bayerischen Antrags und unter Hinzufügung der Gedanken des preussischen Vertreters, eine Entschließung als Kundgebung der Konferenz zuwege zu bringen, auf die sich die ganze Konferenz hätte einigen können. Die eingesezte Redaktionskommission nahm diese meine Entschließung als Grundlage ihrer Arbeit. Bei dem Satz der Entschließung, der von der Übertragung von Aufgaben, die ihrer Natur nach vom Reich zu erfüllen sind, oder vom Reich den Ländern weggenommen werden können, handelt, und der davon spricht, daß diese Aufgaben, soweit sie Lebensfragen des Reiches nicht betreffen, der Eigenverwaltung der Länder überlassen werden sollen, war keine Einigung zu finden. Der Vertreter Bayerns findet in einer solchen Regelung den Anfang einer Entwicklung, die den Ländern die bisher bestehenden Hoheitsrechte kosten könnte. Im Plenum der Konferenz trat Württemberg und der Reichspostminister Schädel dem bei. Im übrigen aber stimmte die gesamte Konferenz dieser Entschließung geschlossen zu und sie überwies alle übrigen gestellten Anträge an die Unterkommissionen in der Frage der Reichsreform, antwortete der Staatspräsident: „Diese Einheitsfront besteht nicht. Es besteht im besten Falle eine Einheitsfront der Zentrumspartei in den süddeutschen Ländern. Die nach Augsburg einberufene Journalistenkonferenz des Zentrums für ganz Süddeutschland, an welcher auch die Reichstags- und Landtagsabgeordneten teilnehmen werden, scheint die Aufgabe zu haben, die Einheitsfront des Zentrums zu formieren und für die Arbeit der Zentrumspresse einheitliche Richtlinien zustande zu bringen. Das Land Hessen zählt sicher nicht zur Einheitsfront der süddeutschen Staaten. In Baden stehen, mit Ausnahme des Zentrums, fast alle politischen Parteien auf dem Boden der Reform, wenn auch zugegeben werden muß, daß innerhalb dieser Parteien, auch innerhalb der Sozialdemokratie, über das Endziel der Reform völlige Übereinstimmung noch nicht besteht. Die Übereinstimmung kann aber auch gar nicht vorhanden sein und vorläufig solange nicht geschaffen werden, ehe nicht für die Reform festumgrenzte Vorschläge der Debatte stehen. Was oftmals Politiker, die sich mit dem Kernproblem noch wenig beschäftigt haben, unter der Reichsreform verstanden wissen wollen (Schaffung eines Präfekturensystems) ist nicht Gemeingut aller derjenigen, die eine Reichsreform für notwendig halten. Wenn aber nichts geschieht und infolgedessen die Auslöschung der Länder ihren bisherigen Fortgang nimmt, dann kommen wir in Deutschland zu einem bürokratischen Zentralismus, der von den Unitarier genau so abgelehnt wird wie von den Föderalisten. Aus diesen Gründen halte ich auch den von Bayern ausgehenden alsu starken Widerstand gegen die Reform für ein nationales Unglück und erit recht für eine Gefährdung der Selbständigkeit der Länder in allen den Lebensfragen derselben, die nach Verfassung und Lebensnotwendigkeit ihnen gebühren. Berücksichtigt man die außerordentlich großen Schwierigkeiten, mit denen bei einer Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu rechnen ist, dann gab es gar keine andere Möglichkeit, als die Beratung von Vorschlägen in Kommissionen zu verweilen. Schon die verschiedenartige Gesetzgebung der Länder zwingt dazu; an dem historisch Gewordenen kann ebenjowenig vorbeigegangen werden, wie insbesondere auch an der Mentalität der verschiedenen Bevölkerungsschichten, die sich sehr bald stark äußern wird, sobald an die Frage der Auflösung alter Landesverände und an die Schaffung neuer gegangen werden muß. Ich gewann den sehr starken Eindruck auf der Konferenz, daß die Anhänger des Föderalismus und die Unitarier sich un-zweifelhaft einander annähern. Nach meiner Auffassung wird sich dieser Annäherungsprozess in den Unterkommissionen fortsetzen und er kann gefördert werden, wenn in der Presse und in der Öffentlichkeit eine ruhige, sachliche und leidenschaftslose Behandlung dieser außerordentlich wichtigen und komplizierten Frage stattfindet.“

Den bestehenden und den neu zu schaffenden Ländern (Provinzen) steht eigene gesetzgeberische Gewalt zu, und zwar in den Fragen, die auf Grund von Reichs- und Landesverfassungen geltend gemacht sind. Die Reichsverfassung hat jedoch für die Wegnahme von gesetzgeberischen Zuständigkeiten von den Ländern und deren Übertragung auf das Reich, weiten Spielraum gelassen. Dieser Umstand führte zur allgemeinen Unzufriedenheit. Deswegen soll, wie in der Entschließung der Länderkonferenz ausgedrückt ist, neben der eigenen gesetzgeberischen Zuständigkeit die Möglichkeit geschaffen werden, reichsrechtliche Aufgaben, die ohne Schädigung der Reichsinteressen von den Regierungen und Verwaltungen der Länder in Vollzug gesetzt werden können, den Ländern in eigener Verantwortlichkeit zu übertragen. In diesem Falle wären die Regierungen den Landesparlamenten gegenüber verantwortlich.

Um zu einer Beseitigung der Doppelverwaltung zu gelangen (Landes- und Reichsbauämter, Landes- und Reichsforstämter, Landes- und Reichswasserbehörden usw.) soll die Einrichtung der Auftragserteilung (Auftragsverwaltung) geschaffen werden. Für diesen Fall würden die Reichsorgane den Versuch unternehmen, ihre Verwaltungsgeschäfte durch Landesbehörden erledigen zu lassen. Die Regierungen der Länder würden damit den Reichsorganen gegenüber unmittelbar verantwortlich werden; eine Zuständigkeit der Landesparlamente, über den Vollzug und die Ausführung von Reichsgeschäften eine Kontrolle auszuüben, kann es natürlich nicht geben. Eine Voraussetzung ist aber notwendigerweise zu schaffen, nämlich die Schaffung von in allen Ländern übereinstimmende Verwaltungsbehörden. So ist z. B. in Preußen seit über zehn Jahren die Verwaltungsreform fällig. Baden hat in der unteren Staatsverwaltung keine Organe mit Körperschaftsrechten, für Bayern liegt es ähnlich. Das Reich muß aber, will es den Vollzug seiner Anweisungen richtig durchgeführt wissen, die Garantie dafür haben, daß für die Ausführung seiner Aufträge in den Ländern auch die erforderlichen Organe vorhanden sind. So müßten z. B. in Baden, als es sich darum handelte, die vom Reich geschaffenen Fürsorgegesetze durchzuführen und das Wohnbauwesen zu ordnen, die Fürsorge- und Wohnungsverbände besonders aufgezo-gen werden, die aber heute noch keine vollständig geordnete gesetzliche Grundlage haben.

Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Kebl

Der Badische Verkehrsverband Karlsruhe hatte, wie gemeldet, seinen Landesausschuß zu einer Arbeitssitzung am 20. Oktober nach Kebl einberufen, zu der zahlreiche Vertreter aus dem ganzen Lande erschienen waren. Aber die Tagung wird noch berichtet:

Der Präsident des Verbandes, Generalkonsul Mensinger, wies auf die Bedeutung der Stadt Kebl als Durchgangspunkt der West-Ostlinie und als ein wichtiges Wirtschaftszentrum Badens hin. Es sei betrüblich, daß zwischen den einzelnen Ländern wirtschaftlich keine Verständigung erzielt werden könne. Auf deutscher Seite fehle es nicht an dem guten Willen zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, die in beiderseitigem Interesse gelegen sei.

Hierauf ergriff Bürgermeister Dr. Kraus, Kebl, das Wort und wies auf die gedruckt erschienene ausführliche Denkschrift hin. Die bisherigen 9 Jahre seit Kriegsende haben Kebl nach allen Seiten hin abgeschlossen und seine Entwicklungsmöglichkeiten unterbunden. Eine kleine Verringerung der Verhältnisse sei durch die Verminderung des Druckes der Ver-

kehrung im Jahre 1925 eingetreten. Der Kern des Kebler Problems liege darin, daß Straßburg als Wirtschafts- und Absatzgebiet nicht mehr in Frage komme. In dem Straßburger Hafen habe der Kebler Hafen eine gewaltige Konkurrenz erhalten. Eine wichtige Frage des deutsch-französischen Grenzabkommens sei die Unterbringung der Kebler Arbeitskräfte auf dem Straßburger Wirtschaftsmarkt. Bisher seien alle Maßnahmen zum gegenseitigen Austausch der Arbeitskräfte von Paris aus bereitwillig worden. Es müsse eine klare Antwort verlangt werden, ob der Kebler Hafen wieder aufgebaut werden soll.

Vor der Besprechung des Tätigkeitsberichtes konnte Syndikus Nieger auf Grund einer Besprechung beim Finanzministerium bekanntgeben, daß zwischen Staat und Reichsbahn betreffs der Kebler Hafenfrage keine Differenzen bestehen. Der Hafen sei Eigentum des badischen Staates und wurde auf dessen Wunsch bis jetzt von der Reichsbahn verwaltet. Erst seit Juli d. J. habe man nach Wegfall des französischen Einflusses auf die Verwaltung das Verfügungsrecht wieder zurückerhalten. Man besaße sich zurzeit mit der bestmöglichen Lösung dieser Frage, wobei sowohl die badische Regierung wie die Reichsbahn dasselbe Interesse an einer befriedigenden Entwicklung des Hafens von Kebl haben. Der gedruckt vorliegende Tätigkeitsbericht wurde von Syndikus Nieger durch einige mündliche Ausführungen ergänzt.

Oberbürgermeister Kemmer, Kebl, behandelte die aktuelle, für das Wirtschaftsleben der Grenzgebiete wichtige Frage der Einführung eines Grenzverkehrs zwischen Baden und Elsaß.

Die allgemeinen Verkehrsfragen behandelte Syndikus Nieger. Über einen von Hotelbesitzer Grieshaber, Furtwangen, gewünschten Halt des Rheingolderprek in Offenburg ist die Versammlung geteilter Meinung. Man befürchtet eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit dieses wichtigen Turges, während die Verkehrsinteressen des Gebietes der Schwarzwaldbahn in dem Fehlen eines Haltes in Offenburg eine Vertiefung der Bedeutung der Schwarzwaldbahn als internationaler Touristenweg erblicken.

Direktor Lohrer, Karlsruhe, kommt auf die große Bedeutung des kleinen Grenzverkehrs nochmals zurück und betont, daß Baden jederzeit den festen Willen bemiesen habe, den Weg nach dem Elsaß zu ebnen.

In der Frage der Elektrifizierung der Bahnen wird eine Entschließung einstimmig angenommen. Sie lautet: „Der Landesausschuß des Badischen Verkehrsverbandes erkennt mit Dank die Bemühungen des Verbandsvorstandes um baldige Elektrifizierung der badischen Durchgangsbahnen, insbesondere der Nord-Südbahn, der Ost-Westlinie und der Schwarzwaldbahn an. Er spricht aber die feste Erwartung aus, daß Reichs- und Landesregierungen alles tun, um diese für die Verkehrs- und wirtschaftspolitische Entwicklung des deutschen Südwestens höchst wichtige Forderung so rasch als irgend möglich zur Erfüllung zu bringen und noch bestehende Hemmnisse aus dem Wege zu räumen. Es geht nicht an, daß das Elektrifizierungsproblem in anderen Teilen des Reiches unentwegt fortschreitet, während die deutsche, durch den Krieg und die Kriegsfolgen hart bedrängte Südwestseite weiter zurückgelassen wird. Technische Hemmnisse liegen nicht vor, wirtschaftliche und politische müssen überwunden werden, wenn nicht Wadens Wirtschaft und Verkehr im Lebensnerv getroffen werden soll. Reichs- und Landtag und alle am Gedeihen des deutschen Südwestens interessierten Körperschaften werden aufgefordert, mit allen Kräften an der Lösung dieser für das badische Land wie für das Reich gleich wichtigen und bedeutungsvollen Aufgabe mitzuarbeiten.“

Ebenso gelangt eine weitere Resolution wegen des Baues der Rheinbrücken bei Nagau, Mannheim und Speyer zu einstimmigen Annahme. Sie lautet: „Der Badische Verkehrsverband bittet die Reichsregierung und die zuständigen Landesregierungen dringend, mit allen Kräften dahinzuwirken, daß alle der Erbauung fester Rheinbrücken bei Nagau, Speyer und Mannheim noch entgegenstehende Hemmnungen so rasch als möglich beseitigt werden, damit der Entwicklung von Handel und Verkehr in der Südwestecke des Deutschen Reiches der Weg frei wird.“

Verschiedene Vertreter bringen zu der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse regionale Wünsche vor. Verkehrsdirektor Dufner, Freiburg, tritt für einen „Schwarzwalddreprek“ ein, welcher Wunsch bereits mehrfach vorgebracht wurde, bisher aber keine Erfüllung fand.

Eine eingehende Behandlung fand die Entwicklung des Autoverkehrs in Baden und die sich hieraus für die Kurorte ergebenden Nachteile. Es sei keine feindliche Einstellung gegen den Autoverkehr, wenn mit allen Mitteln der Lärm der Motorräder bekämpft würde, damit die Ruhe in den Kurorten keine Not leide.

Die Vertreter der Kebler Verkehrsinteressen wünschen eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen und vor allem einen Wegfall der langen Wartezeit auf Anschlüsse in Appenweier. Direkte Verbindungen von Kebl nach allen Seiten würden erheblich zur Belebung des Verkehrs beitragen.

Bürgermeister Keil, Triberg, tritt für eine beschleunigte Regelung des Autoverkehrs in den Kurorten und Städten ein. Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe müsse man eine Unterstützung bei der Herausgabe von Verkehrschriften für die einzelnen Gebirgsbahnen erwarten.

Oberpoststrat Köffler, Karlsruhe, erwidert zu der vom Verkehrsverband behandelten Frage der Einrichtung einer Autofernverbindung durch Baden: Die Schaffung einer solchen Linie konnte in Baden bisher nicht verwirklicht werden, da die Reichsbahn finanzielle Nachteile befürchte, die sie wegen der ihr aufgezwungenen Reparationslasten glaubt nicht tragen zu können.

Bürgermeister Zellhauer, Oberkirch, wünscht die Einstellung von Triebwagen auf der Nenzthalbahn.

Kursekretär Horn, Neustadt, tritt für eine Verbesserung der Wiesentalstraße nach dem Felberg, für eine beschleunigte Einführung einer amtlichen Fremdenverkehrsstatistik und für die Einrichtung eines Werbebüros der M.D.B. in Wasel ein.

Nachdem Direktor Wolff, Baden-Baden, über eine Sitzung der rheinischen Städte berichtet hatte, die die Rheintalstraße propagieren wollen, und Stadtrat Monich, Offenburg, als dringlichste Forderung die endgültige Beseitigung des französischen Vikiums verlangt hatte, konnte Generalkonsul Mensinger nach vier Stunden die angeregt verlaufene Sitzung schließen.

Gemeinderundschau

Autobusverkehr in Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg hat dem Plane der Heidelberger Straßen- und Bergbahngesellschaft auf Schaffung zweier Autobuslinien zugestimmt. Das Projekt wurde lebhaft begrüßt als Ergänzung des Straßenbahnnetzes. Bekanntlich soll der Umsteigeverkehr zwischen Autobus und Straßenbahn ohne Fahrkarteübernahme möglich sein.

Um die Freiburger Schloßbergbahn. In einer Sitzung des Verbandes Freiburger Lokalvereine wurde beschlossen, eine allgemeine Bürgerversammlung in den Paulusaal einzuberufen, bei der die Erstellung der Schloßbergbahn behandelt werden soll. In der Versammlung wurde festgestellt, daß 90 Prozent der Einwohner dem Bau einer Schloßbergbahn sympathisch gegenüberstünden.

Der Bürgerausschuß Freiburg i. S. erledigte am Donnerstag eine Tagesordnung, bei der in der Hauptsache Geländeangelegenheiten auf der Tagesordnung standen. Für den Ausbau der Waldseewirtschaft wurde ein weiterer Kredit von 25 000 RM bewilligt. Weiter genehmigte der Bürgerausschuß die Vereinbarungen des Oberbürgermeisters mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Berlin zwecks Übernahme des Arbeitsamtes in die Reichsanstalt. Die Stadt stellt der Reichsanstalt das jetzt der Firma „Fortschritt G. m. b. H.“ gehörige Fabrikgebäude Wilhelmstraße 20, 20a zur freien Verfügung und verpflichtet sich, das Anwesen baldmöglichst zu erwerben und gegen eine Entschädigung von 170 000 RM der Reichsanstalt kostenfrei zu übergeben. Zu Instandsetzungszwecken erhält die Reichsanstalt von der Stadt einen Bauzuschuß von 60 000 RM. Bis zum Umzug des Arbeitsamtes werden der Reichsanstalt die bisher

vom Arbeitsamt benutzten Räume in den städtischen Gebäuden mietweise überlassen. Das Anwesen in der Wilhelmstraße wird von der Stadt für 165 000 RM erworben.

Vermietung eines Schulhauses. Die Stadtgemeinde Löffingen hat ihr Schulhaus auf zwei Jahre an die Seidenfabrik Max, Vater & Söhne in Freiburg verpachtet, die darin einen Betrieb eingerichtet hat, der Landwirten die Gelegenheit geben soll, einiges Geld zu verdienen, um auf diese Weise der Not der Landwirtschaft in unserem Bezirk wenigstens einigermaßen zu steuern.

700 Jahre Stadt Horb. Die württembergische Stadt Horb darf in diesem Jahre das 700jährige Jubiläum als Stadt begehen. Vor 1000 Jahren erstmals genannt, kam Horb früh an die Pfalzgrafen von Tübingen und wurde im Jahre 1128 zur Stadt erhoben. 1805 ging es durch Heirat an die Grafen von Hohenberg über und seitdem führt es den von Silber und Rot quer geteilten Schild im Wappen.

Bücheranzeigen

Gebhardt's Handbuch der deutschen Geschichte. 6. Auflage, 1922/23, völlig neu bearbeitet, herausgegeben von Max Weitz, Union, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin, Leipzig. Seit 1923 liegt der „Gebhardt“, der bereits in diesem Blatt schon einmal besprochen worden ist, in drei, statt in zwei Bänden vor, wozu die Fülle des Stoffes und die neu aufgenommenen Stoffgebiete zwingen. Weiter wendet sich das Werk, wie es schon in der Vorrede zur ersten Auflage hieß, „an einen größeren Kreis von Lesenden und Lernenden und will mehr die Teilnahme der Gebildeten als der Fachgelehrten erringen“. Mit größtmöglicher Kürze, aber auch mit größtmöglicher Vollständigkeit will es die Ereignisse der deutschen

Geschichte und ihre Zusammenhänge bis zur Gegenwart behandeln und die Fäden aufzudecken versuchen, die zur Gestaltung unserer heutigen Wirklichkeit geführt haben.“

Diesen letzten Satz lesen wir im Vorwort zum zweiten Band, der mit der Reformationsgeschichte beginnt, während der dritte Band mit dem Kriegsabschluß und den Friedensschlüssen endet. Ein Nachtrag behandelt dann noch die Verfassung der deutschen Republik und ihr Entstehen. Das wenige, was in den letzten Abschnitten kritisch gesagt ist, kann natürlich nicht die Zustimmung aller finden, aber die ganze Darstellung zeugt vom Willen zu wissenschaftlicher Objektivität, die selbstverständlich bei dem geringen Umfang von den Ereignissen keine absolute sein kann, und von dem Darsteller nach seiner politischen Einstellung gesehen wird. Der Abschnitt VII „Der Weltkrieg“, (Verfasser Georg Schuffler), mit dem Nachtrag umfaßt über 200 Seiten, ist also schon nach dem Umfang allein ein beachtliches Werk, aber auch nach dem Inhalt, denn es ist gelungen, die Riesensätze von Ereignissen zu schildern und in Zusammenhang zu bringen, die kaum einem von uns, die wir sie miterlebten, dauernd voll gegenwärtig ist.

Wo man auch den Gebhardt zur Hand nimmt, ist man in der Lage, das geschichtliche Wissen zu ergänzen und auf Fragen Antworten zu finden, die sich bei Lektüre und Gedanken-austausch aufdrängen. Die Schar der sachwissenschaftlichen Mitarbeiter, die die einzelnen Abschnitte behandeln und nach dem neuesten Stand der Forschung neu bearbeitet haben, bietet Gewähr für gute Unterichtung, zumal auch fächlich überall auf klare und deutliche Sprache gesehen ist. Die ausführlichen Quellenangaben an den Enden der Abschnitte geben dazu die Möglichkeit, weiteres Material heranzuziehen.

Ich bin bei dem Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Pforzheim als

Rechtsanwalt
zugelassen.
Dr. Max Schliep.

Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der Rechtsanwaltspraxis verbunden.
Kanzlei: Karlsruhe, Baischstr. 1, Telefon 3883.

Rechtsanwälte: **A. F. Hoffmann und Dr. M. Schliep.**

Eintracht
Donnerstag 11. November
abends 8 Uhr, pünktlich:
2. Kammermusik-Abend
der Konzertdirektion Kurt Neufeldt

Rosé-Quartett
Johannes Brahms: I. 30
Streich-Quartett B-Dur, op. 67. Klavier-Quintett, F-Moll, op. 34 (am Flügel: Alfred Rosé Junior), Streich-Quartett C-Moll, op. 51, Nr. 1
Restabonnements (5 Kammermusikabende)
Wahlabonnements (4 Kammermusikabende)
Einzelkarten f. d. Rosé-Quartett zu 2, 3, 4 u. 5 RM. bei Kurt Neufeldt Waldstr. 39, Tel. 2577

Gut und zu mäßigen Preisen speisen Sie in der

Reform-Gaststätte
Kaiserstraße 56 (1 Treppe)
Essen zu 0,90 und 1,10 RM.
Kein Trinkzwang! — Radio!

Für den Bezirksfürsorgeverband — Bezirksjugendamt — Billingen-Land in Billingen wird eine

Fürsorgerin
mit staatl. Anerkennung als Wohlfahrtsleiterin, Hauptfach Gesundheitsfürsorge, zum 1. Januar 1929 gesucht. Alter nicht unter 25 Jahren, praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge, Vormundschafstweifen und Wirtschaftsfürsorge erforderlich. Anstellung erfolgt auf Privat-Dienstvertrag mit Befolgung nach Gruppe IV der bad. Befoldungsordnung und Anmeldung in die Fürsorgekasse (Pensionskasse) der Gemeindebeamten Wadens. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis **10. November 1928** einzureichen an den **Vorsitzenden des Bezirksfürsorgeverbandes Billingen-Land.** 3-41

Auslosung von Auslosungsrechten der Ablösungsanleihe der Stadt Pforzheim.

Bei der am 23. Oktober 1928 vorgenommenen dritten Auslosung der für das Jahr 1928 zur Rückzahlung gelangenden Auslosungsrechte der Ablösungsanleihe der Stadt Pforzheim wurden folgende Auslosungsscheine gezogen:

Buchstabe A 32 Stück, Kennwert 500 RM.
Nr. 20, 37, 69, 86, 103, 124, 135, 154, 234, 254, 297, 301, 324, 342, 372, 495, 500, 502, 570, 584, 676, 766, 853, 856, 893, 957, 961, 966, 973, 985, 991, 996.

Buchstabe B 28 Stück, Kennwert 200 RM.
Nr. 29, 55, 71, 111, 134, 156, 167, 169, 187, 211, 231, 234, 270, 298, 305, 354, 365, 387, 431, 478, 486, 502, 520, 530, 556, 569, 682, 691.

Buchstabe C 37 Stück, Kennwert 100 RM.
Nr. 40, 75, 105, 112, 171, 185, 191, 195, 220, 275, 299, 327, 340, 416, 423, 435, 440, 457, 470, 473, 478, 618, 649, 671, 675, 767, 880, 905, 920, 947, 951, 985, 1050, 1073, 1091, 1102, 1112.

Buchstabe D 94 Stück, Kennwert 50 RM.
Nr. 72, 100, 116, 127, 175, 184, 208, 228, 240, 290, 299, 339, 343, 369, 421, 430, 438, 444, 459, 482, 493, 519, 563, 567, 610, 646, 672, 735, 839, 841, 844, 850, 858, 944, 961, 1022, 1047, 1068, 1074, 1121, 1171, 1204, 1210, 1216, 1247, 1281, 1316, 1387, 1407, 1427, 1440, 1534, 1635, 1655, 1682, 1684, 1697, 1751, 1782, 1799, 1811, 1833, 1845, 1868, 1870, 1909, 1943, 2012, 2041, 2055, 2071, 2119, 2136, 2190, 2242, 2281, 2313, 2332, 2340, 2410, 2430, 2455, 2464, 2488, 2493, 2521, 2542, 2547, 2623, 2747, 2899, 2934, 2955, 2969.

Buchstabe E 152 Stück, Kennwert 25 RM.
Nr. 17, 35, 49, 101, 133, 185, 234, 297, 368, 376, 400, 411, 413, 507, 547, 560, 575, 667, 686, 838, 908, 926, 1002, 1005, 1017, 1020, 1056, 1089, 1105, 1115, 1121, 1125, 1179, 1180, 1186, 1193, 1202, 1235, 1259, 1263, 1266, 1283, 1288, 1294, 1299, 1329, 1356, 1359, 1376, 1395, 1397, 1459, 1475, 1513, 1521, 1532, 1594, 1685, 1781, 1805, 1833, 1856, 1867, 1913, 1918, 1923, 1934, 1953, 2063, 2079, 2134, 2140, 2146, 2158, 2171, 2219, 2260, 2285, 2296, 2314, 2328, 2395, 2414, 2502, 2526, 2534,

Buchstabe F 126 Stück, Kennwert 12,50 RM.

Nr. 59, 234, 263, 277, 284, 307, 326, 354, 369, 370, 380, 510, 533, 579, 585, 589, 602, 688, 735, 744, 753, 773, 775, 800, 805, 817, 880, 1026, 1029, 1094, 1106, 1148, 1165, 1169, 1207, 1230, 1240, 1271, 1273, 1290, 1305, 1332, 1363, 1475, 1492, 1514, 1516, 1536, 1585, 1601, 1607, 1609, 1626, 1665, 1712, 1730, 1785, 1749, 1751, 1755, 1757, 1765, 1769, 1810, 1856, 1859, 1873, 1988, 1995, 2000, 2026, 2028, 2031, 2164, 2174, 2204, 2245, 2277, 2348, 2360, 2363, 2367, 2396, 2399, 2401, 2408, 2450, 2468, 2584, 2605, 2654, 2697, 2797, 2801, 2821, 2844, 2856, 2868, 2871, 2873, 2889, 2938, 2951, 2954, 2956, 3105, 3143, 3162, 3164, 3198, 3211, 3222, 3263, 3265, 3285, 3291, 3308, 3310, 3316, 3398, 3412, 3420, 3430, 3433, 3435, 3445.

Die für das Jahr 1928 gezogenen Auslosungsrechte werden mit dem 3fachen Betrag ihres Kennwerts zurückbezahlt. An den gesetzlichen Zinsen mit jährlich 5 v. H. für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis 31. Dezember 1928, zusammen 15 v. H., werden 10 v. H. Kapitalertragsteuer für Rechnung der Reichsfinanzkasse abgezogen. Kapital und Zinsen können vom 2. Januar 1929 ab bei der Stadthauptkasse Pforzheim gegen Rückgabe des Auslosungsscheines und einer Ablösungsanleihe im gleichen Kennwert erhoben werden.

Von den bei früheren Auslosungen gezogenen Stücken sind noch nicht eingelöst:

Auslosung am 27. März 1928.
(Verzinsung endigt mit 31. März 1928).

Buchstabe A, Kennwert 500 RM.
Nr. 331, 332, 341, 351.

Buchstabe C, Kennwert 100 RM.
Nr. 183, 260, 330, 431, 493.

Buchstabe D, Kennwert 50 RM.
Nr. 436, 820, 960, 1108, 1302, 1375, 1441, 1610, 2762.

Buchstabe E, Kennwert 25 RM.
Nr. 151, 452, 493, 505, 531, 582, 769, 1143, 1160, 1172, 1191, 1218, 1277, 1337, 1352, 1381, 1422, 1444, 1567, 1612, 1628, 1646, 1666, 1674, 1691, 1715, 1734, 1751, 1770, 1821, 1888, 1925, 1949, 1981, 1998, 2040, 2070, 2107, 2335, 2698, 2709.

Buchstabe F, Kennwert 12,50 RM.
Nr. 377, 499, 724, 747, 818, 838, 870, 890, 911, 944, 1178, 1197, 1213, 1229, 1239, 1388, 1407, 1422, 1807, 1968, 2002, 2054.

Auslosung am 7. Juli 1928.
(Verzinsung endigt mit 30. Juni 1928).

Buchstabe D Kennwert 50 RM.
Nr. 2945.

Buchstabe E, Kennwert 25 RM.
Nr. 4461.

Buchstabe F, Kennwert 12,50 RM.
Nr. 3094, 3117.

Pforzheim, den 24. Oktober 1928.

Lebensbedürfnisverein
Für die kalte Jahreszeit
empfehlen wir bestens ausgebaute
ROTWEINE
wie
Waldulmer Flasche 1,90 | Affentaler Flasche 1,90
Haardter Rotw. fl. 1,15 | Dürkheimer fl. 1,40
Roussillon Flasche 1,30 | Bordeaux St. Julien 2,35

Burgunder St. Martin Flasche 2,35
Fst. Malaga, Cherry und Portwein
Vermuth di Torino
Weinbrand in allen Preislagen. Rum echt
Rum- und Arrak-Verschnitt
Altes Kirsch- und Zwetschgenwasser

Die Preise verstehen sich einschl. Glas

Warenabgabe nur an Mitglieder

Gemeindeparkasse Gutach, Amt Wolfach
Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	5 024,67	1. Spareinlagen	192 571,32
2. Guthaben bei Banken, Girozentrl. u. Postfisch	3 089,83	2. Aufwertungs-spareinlagen	217 956,61
3. Darlehen auf Hypothek	163 256,03	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	42 700,63
4. Betriebskapital	2 500,—	4. Anlehens- und andere Schulden	4 468,—
5. Darlehensaufschuldung	42 035,58	5. Reingewinn für 1927	3 409,51
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	19 762,37		
7. Sinnamerückstände	7 479,98		
8. Aufwertungsfordernngen	217 956,61		
9. Gerätschaften	1,—		
	461 106,07		461 106,07

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 235 271,95 RM Spar- u. Giroeinlagen = 18 821,76 RM
sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 3 409,51 „
somit weniger = 15 412,25 RM

Gutach, Amt Wolfach, den 1. Mai 1928. R. 942
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Rehmann**
Böhrle.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Im Städt. Konzerthaus.
*Sonntag, 28. Oktober
Zum erstenmal
Die Frau, die jeder sucht
Mitwirkende:
Genter, Quajfer, Wüller, Ziegler, Zuhl, Klobbe, Max Schneider.

Badisches Landesstheater
Sonntag, 28. Oktober
*A 6. Th.-Gem. S. E. G. (2. Hälfte)

Wohngem.
von Wagner
Dirigent: Krüps
Mitwirkende:
Meisinger, G., v. Hartung, Laufhütter, Löfer, Theo Straß, Kühr, Dr. Wudewpennig, Frey, Kainbach, Gelpach.

Anfang 18 Ende geg. 22
Preise (1-8 RM)
No., 29. Nov., Armida.
Di., 30. Nov., Ballettabend.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr abends
Die lachende REVUE
Freut Euch des Lebens